

Kiel, 26. Juli 2011

Nr. 223/2011

Bernd Heinemann:

Kommunale Psychiatrieplanung reicht nicht aus

Zur Situation der psychiatrischen Versorgung in Schleswig-Holstein und zur heute vorgestellten Studie der Barmer-GEK zur Zunahme psychischer Leiden in der stationären Behandlung erklärt der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Bernd Heinemann:

Die Studie der Barmer GEK zeigt, dass immer mehr Menschen in Deutschland wegen psychischer Leiden wie Depressionen oder Burnout im Krankenhaus behandelt werden müssen. Dies macht den dringenden Handlungsbedarf deutlich, der auch in Schleswig-Holstein besteht. Die psychiatrischen Fachverbände ebenso wie die Kommunalen Landesverbände haben in einer Anhörung des Sozialausschusses über 250 konkrete Anregungen gemacht, wie der Psychiatrieplan fortgeschrieben und gestaltet werden sollte. Doch CDU und FDP verweigern sogar die Diskussion dieses Themas. Selbst eine mündliche Anhörung der Städte und Kreise halten die regierungstragenden Fraktionen für überflüssig.

Immer mehr Menschen erkranken psychisch und brauchen dringend fachliche Hilfe. Deshalb müssen wir unsere heutige Angebotsstruktur dem geänderten Bedarf anpassen, und zwar kreisübergreifend. Wir brauchen Lösungen für folgende Probleme: mehr als 6 Monate Wartezeit auf Psychotherapie, Gestaltung des Übergangs von Maßregelvollzug und Forensik in das komplementäre Hilfesystem, notwendige Präventionsarbeit im ganzen Land und verbindliche Leitlinien und Rahmenbedingungen für die Entwicklung der psychiatrischen Versorgung in Schleswig-Holstein. Auch die Ärztekammer hält eine psychiatrische Leitstruktur für unentbehrlich und eine alleinige kommunale Verantwortung für nicht ausreichend. Die Regierung darf hierzu nicht länger schweigen.

Die SPD-Landtagsfraktion wird die Kommunalen Spitzenverbände sowie die ca. 20 psychiatrischen Fachverbände zu Runden Tischen einladen und mit ihnen die Problematik erörtern. Mit diesem Dialog bereiten wir die notwendigen Veränderungen in der psychiatrischen Versorgung nach der Landtagswahl im Mai 2012 vor und bringen die Psychiatrieplanung voran. Die ersten Gespräche mit den Kommunalverbänden sind schon im September vorgesehen.

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de